

**Bezugspreis:**  
Vierteljährlich 3.00 M., monatlich 1.00 M. —  
frei ins Haus, portofrei, abwärts. Post-  
bezug: Monatslich 30. — M., einjährig 3.00  
Markenpost. Unter Kennzeichen für  
Deutschland, Dänemark, das Saar- und  
Rheinland, sowie die ehemals deut-  
schen Gebiete Polens, Oesterreich-  
Ungarn und Rußland 54. — M., für  
das übrige Ausland 72. — M. (Post-  
bestellungen nehmen an Oesterreich,  
Ungarn, Tschechien-Slowakei, Böhmen,  
Dänemark, Holland, Rußland, Schweden  
und die Schweiz.)  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-  
beilage „Wort und Bild“, der Unter-  
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der  
Beilage „Siedlung und Kleingarten“  
erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags  
und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

**Anzeigenpreis:**  
Die Jahrgangspolizeien Komparatordruck  
Lohn 9. — M. „Kleine Anzeigen“  
das festgedruckte Wort 4. — M. (100  
Wörter zwei festgedruckte Worte). Jedes  
weiter Wort 1.50 M. (Stellenanzeigen  
und Schlachtfeldanzeigen das erste  
Wort 1.50 M., jedes weitere Wort  
1. — M. Worte über 15 Buchstaben  
zahlen für zwei Worte. Familien-An-  
zeigen für Abonnenten Seite 4. — M.  
Die Preise verstehen sich einschließlich  
Leitungsgeschäft.  
Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im  
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-  
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet  
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15193-97  
Expedition Moritzplatz 11753-54

Donnerstag, den 23. Februar 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Verlag, Expedition und Anzeigerei:  
Fernsprecher: Abteilung Moritzplatz 11753-54

## Protest gegen die Auslieferung.

Erklärung des ADGB und des Afabundes.

Die Unterzeichneten erheben gegen die wider alles Er-  
warten erfolgte Auslieferung der eines politischen Mordes  
beschuldigten Spanier Fort und Concepcion den allerhöchsten  
Protest. Sie stellen fest,

1. daß im eigenen Lande zahllose politische Ver-  
brechen gegen die junge deutsche Republik fortdauernd un-  
geahnt bleiben;
2. daß im Gegensatz zu der Verhaftung und monatelangen  
sicheren Gefangenschaft der beiden Spanier zahlreiche deut-  
sche politische Verbrecher, auch politische Mörder, so-  
fern ihre Handlungen sich gegen die deutsche Republik richteten, und  
es sich bei ihnen nicht um irreguläre Arbeiter handelte, im eigenen  
Lande sich der Verhaftung fortdauernd entziehen  
oder aus den Gefängnissen und Strafanstalten entweichen  
konnten;
3. daß im Auslande diese deutschen politischen Verbrecher und  
Mörder überall unbefehligt bleiben können und mitunter sogar be-  
hördliche Unterstützung finden.

Angeichts dieser Tatsachen erblicken die Unterzeichneten in dem  
Auslieferungsbefehl der Regierung eine Handlung, die ihrer Auf-  
fassung von Recht und Gerechtigkeit und von internationaler Gegen-  
seitigkeit ins Gesicht schlägt und die berechtigige Ent-  
rüstung aller freiheitlich gesinnten deutschen Republikaner her-  
vorruft.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.  
F. H. Seipart.

Allgemeiner Freier Angestelltenbund.  
Auffhäuser. S. H.

### Die Gründe der Regierung.

Soweit wir unterrichtet sind, führt die Regierung für den  
Beschluss, die Mörder auszuliefern, folgende Begründung an:

Der deutsch-spanische Auslieferungsvertrag von 1878 sieht von  
der Auslieferung bei politischen Vergehen und Ver-  
brechen ab. Als „politische Verbrechen“ sind Delikte anzusehen,  
die aus politischen Gründen gegen den Staat gerichtet sind,  
wie z. B. Hochverrat, Landesverrat usw. Mord ist nach Auf-  
fassung der Reichsregierung kein politisches Verbrechen  
in diesem Sinne. Die Tat der angeblichen Mörder Datas steht auch  
nicht mit einem wirklichen oder beabsichtigten politischen Verbrechen  
im Zusammenhang. Es handelt sich nicht um ein Verbrechen, das  
etwa im Rahmen eines Hochverratsplanes begangen wäre, um ein  
Verbrechen zu politischen Zwecken, sondern nur um ein

Verbrechen aus dem Motive politischer Rache. Nach zweifels-  
freier Auslegung kann ein solches aus politischen Motiven, aber  
nicht zu politischen Zwecken begangenes Verbrechen als sogenanntes  
„Zusammenhangsverbrechen“ nicht angesehen werden.

Diese juristische Auffassung widerspricht zweifel-  
los dem Empfinden des Volkes. Ueber die Ziele und Ab-  
sichten der wirklichen oder vermeintlichen Täter kann doch erst  
ein öffentliches Gerichtsverfahren entscheiden. Ein solches hat  
in Deutschland bisher nicht stattgefunden, und deshalb ist die  
Annahme, daß nur politische Rache motive vorlägen, eine  
Kombination, der man nicht unbedingt Glauben zu schenken  
braucht. Der politische Gesamteindruck ist der, daß die junge  
Republik politisch verfolgte ihren Verfolgern  
ausliefert und damit ihr eigenes Ansehen in der Welt  
herabsetzt. Dazu hätte die Regierung dieser Republik nicht die  
Hand bieten dürfen. Eine rechtzeitige Ausweisung  
der vermeintlichen Mörder hätte die Reichsinteressen, wenn  
man sie gefährdet glaubte, hinreichend geschützt.

Inzwischen ist die Reichsregierung bei dem spanischen  
Botschafter in Berlin vorstellig geworden, um dem Wunsch  
Ausdruck zu geben, daß eine etwaige Todesstrafe nicht  
vollstreckt wird. Es wird angenommen, daß man in  
Spanien diesem Wunsche der Regierung, der von weiten  
Kreisen des deutschen Volkes geteilt wird, Rechnung trägt.  
Eine Gewähr dafür kann allerdings nicht übernommen werden.

Der Reichsjustizminister wird übrigens zu der Ausliefe-  
rung der Mörder Datas in der heutigen Reichstagsitzung eine  
Erklärung der Reichsregierung abgeben.

Zu Beginn der heutigen Sitzung des Preussischen Land-  
tages beantragte Abg. Rath (Komm.) zur Geschäftsordnung, einen  
Antrag seiner Fraktion an erster Stelle auf die Tagesordnung zu  
setzen, worin die Auslieferung der angeblichen Mörder des spanischen  
Ministerpräsidenten Dato als „schimpfliche Verletzung des inter-  
nationalen Völkerechts“ bezeichnet und von der Regierung verlangt  
wird, auf ihre sofortige Freilassung hinzuwirken. Rath führte aus:  
Der Regierungsvorredner hat, als er vor einigen Tagen unsere kleine  
Anfrage hierüber beantwortete, seine Ausführungen zumindest  
wider besseres Wissen gemacht. (Der Präsident rügt die  
Ausdrucksweise. — Abg. Schölem (Komm.) ruft: Der Minister hat  
wohl das Recht zu lügen. — Der Präsident rügt auch diesen Aus-  
druck.) Als der Redner politische Ausführungen zu machen versucht,  
verhindert der Präsident das unter Hinweis darauf, daß der Antrag  
gar nicht gedruckt vorliegt. Da die Rechte Widerspruch  
gegen seine sofortige Behandlung erhebt, kann über den nur hand-  
schriftlich vorliegenden Antrag nicht verhandelt werden.  
Hierauf wurde die Besprechung über den Kultusetat beim  
Abschnitt Kunst fortgesetzt.

besonderen Verhältnisse Oberschlesiens gewünscht, während Polen  
nicht über die allgemeine, in der Konvention von 1919 enthol-  
tene Regelung hinausgehen will, die sich in den bereits von Polen  
abforderten deutschen Gebieten als vollständig ungenügend er-  
wiesen hat. Der zweite Streitpunkt betrifft den Schutz des deutschen  
Privateigentums, da Polen auf der Geldentwertung eines Liqui-  
dationsrechtes besteht, das im Widerspruch steht zu der ganzen  
konservativen Tendenz der Völkervereinigung. Schließlich  
ist die Frage noch offen, ob die Zentralfstelle der im polnisch wer-  
denden Industriegebiet verbleibenden deutschen Arbeiterorga-  
nisationen auf polnischem oder deutschem Boden anzusiedeln ist.  
Diese Angelegenheit konnte noch nicht zum Abschluß gebracht werden,  
weil die polnischen Mitglieder der Unterkommission bis heute in Genf  
nicht anwesend sind. Nach dem gegenwärtigen Stand der Verhand-  
lungen kann man voraussehen, daß die Vorarbeiten am 10. März  
erledigt sein dürften, und daß die Konvention selbst in ihrer end-  
gültigen Form dann eine Woche später unterzeichnet werden kann.

### Ermattung am Devisenmarkt.

Die Ermattung am Devisenmarkt macht wei-  
tere Fortschritte. Das Aufhören der Hamsterkäufe in ausländi-  
schen Zahlungsmitteln hat einen stärkeren Rückgang der  
Nachfrage zur Folge. Außerdem ist die Spekulation durch den  
bevorstehenden Deklarationszwang in Devisen und durch die  
augenblickliche Zurückhaltung der Großbanken in bezug auf  
die Kredite sehr beengt. Heute wurden Dollarnoten um  
die Mittagsstunde mit 210 gehandelt. Auch der Effek-  
tenmarkt zeigte eine leichte Abschwächung. Immerhin setzte sich  
die Hausse in ober-schlesischen Werten fort. Auch Bankaktien  
waren sehr gesucht.

### Gegen Kapitalflucht.

Der zuständige Ausschuss des Reichswirtschaftsrats hat der Ver-  
längerung des Gesetzes gegen Kapitalflucht bis zum 31. März 1922  
zustimmt. Mit der Reichsdevisenleihe besteht schon ein entprechender  
Vertrag, mit Deutschland, Holland und der Schweiz über den  
Vertragsverhandlungen. Bei Auslandsreisen soll jeder ohne be-  
sondere Bewilligung bis zu 20 000 M. mitnehmen können.

## Die italienische Konfusion.

O. L. Rom, den 20. Februar 1922.

Die neue Krise sieht der alten zum Verwechseln ähnlich,  
aber gerade durch diese ihre Ähnlichkeit beweist sie mehr als  
die alte bewiesen hätte: beweist sie die Unmöglichkeit,  
mit der heutigen Kammer zu regieren.

Bonomi war am 2. Februar zurückgetreten, weil sich ein  
Teil seiner Mehrheit, die Demokraten, gegen ihn gewendet  
hatte; er war ohne Votum zurückgetreten und aus dieser ver-  
fassungswidrigen Ministerkrise hat man in  
14 Tagen vergebens einen Ausweg gesucht. Ein Ministerium  
der Linken mit antikerischem Einschlag, das Ministerium  
De Nicola, war im Keim mißglückt, und ein gleiches Schick-  
sal hatte der Versuch Orlando's gehabt, der eine Orientie-  
rung nach rechts bedeutete. Daraufhin schied der König Bo-  
nomi wieder vor die Kammer, damit an Stelle der außerparla-  
mentarischen Krise eine solche mit parlamentarischer Induktion  
des Nachfolgers trete. Und das Resultat dieses Umwegs, zu  
dem man zwei volle Wochen gebraucht hat, ist eine Konfu-  
sion ohne Gleichen, in der sich die gesamte Kammer für  
eine demokratische Entscheidung ausgesprochen hat — mit 368  
gegen 11 Stimmen, und alle Parteien, gegen die Stimmen der  
Klerikalen und der Reformisten, dem Kabinett Bonomi ihr  
Vertrauen versagten.

Von einem Chaos zu sprechen, wäre noch eine Beschö-  
nigung: bei dem Worte Chaos denkt man an ein Wogen und  
Drängen unferner aber doch gestaltender Kräfte. Von diesen  
ist aber in der italienischen Kammer nichts zu spüren: das  
alles sieht einem Brei ähnlich, einer formlosen Masse ohne  
innere Struktur und ohne gesetzmäßige Bewegung der Teile.  
In ihr ist kein Wille zur Klarheit, weil keine Möglichkeit zur  
Klarheit ist. Mit ihr kann keine Regierung regie-  
ren, weil die Interessen und Bedürfnisse des Landes sich in  
ihr in Einzelinteressen von Gruppen und Individuen zerfasern  
und auflösen.

Man verweile einen Augenblick bei der glorreichen Sitzung  
vom 17. Februar. Die Demokraten, die die Krise heraufbe-  
schworen hatten, hauptsächlich weil sie des wachsenden Ueber-  
gewichts der Klerikalen im Kabinett müde waren, legten ein  
Misstrauensvotum ohne jede Begründung vor. Ihm gegen-  
über stand eine Tagesordnung des Reformisten Celli, die die  
Notwendigkeit der Rückkehr zum inneren Frieden und zur Ge-  
setzmäßigkeit betonte, die Mitwirkung der Arbeiter-  
klasse an der Verwaltung der Betriebe und ihre  
Vertretung bei der Ausarbeitung der sozialen Gesetzgebung  
forderte und die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit  
Europas als Vorbedingung der Rückkehr zu gefunden Ver-  
hältnissen bezeichnete. Diese Tagesordnung Celli sprach zum  
Schluß dem Kabinett Bonomi ihr Vertrauen aus.

Damit sich nun aus dem Votum irgendein Hinweis für  
die Nachfolge ergäbe, forderte Bonomi die getrennte Abstim-  
mung der einleitenden Forderungen auf der einen, der Ver-  
trauenserklärung auf der andern Seite. Die Sozialisten be-  
schlossen, in der Absicht, eine demokratische Zielweisung  
für die Lösung der Krise zu geben, für die erwähnten drei  
Forderungen zu stimmen, so daß die Abstimmung eine starke  
Mehrheit der Linken ergeben hätte. Aber der bloße Gedanke  
an eine Klarheit, vor der die Ausschüen auf Ministerposten  
ihrer Leute verschwunden wäre, brachte die Rechte ganz um  
alle Besinnung. Als ihr Wortführer erklärte der Fascist  
Mussolini, die ganze Rechte wäre völlig mit den Forde-  
rungen der Tagesordnung Celli einverstanden und würde also  
für sie stimmen. So stimmten also alle zusammen für die de-  
mokratische Entscheidung, wobei sich die reaktionären  
Elemente ins Fäustchen lachten, daß sie auf diese  
Weise der entscheidenden Abstimmung der Kammer jeden Sinn  
und jeden Wert genommen hatten.

Und eine solche frivole Komödie, bei der die sogenannte  
Volksvertretung es darauf anlegt, die Parteien sich gegenseitig  
überdöpseln und sich anieren zu sehen, muß sich ein Land von  
40 Millionen Menschen gefallen lassen, muß es dulden, daß  
ein Mussolini den „dummen August“ spielt, während eine  
fruchtbar Wirtschaftskrise umgeht, während die  
größte Bank des Landes vor dem Zusammen-  
bruch steht, während die Autorität des Staates durch die  
fascistische Gewalt zum Kinderpott geworden ist! Heute ist  
jede Minute kostbar: in wenigen Wochen soll die Konfe-  
renz von Genua zusammentreten: und in solchem  
Augenblick waagt es die Rechte, deren Reden von Vaterlands-  
liebe trafen, ihrem Fraktionsinteresse zuliebe einen Versuch  
zur Klärung zu vereiteln. Daß sie dabei auf ihre eigenen  
Grundsätze spuckt, ist noch das wenigste an der Sache: das ist  
den Grundsätzen schon öfter passiert. Eine Partei, die nur  
ein bißchen Selbstachtung besitzt, kann nicht die „Rückkehr zum  
inneren Frieden und zur Gesetzmäßigkeit“ als notwendig hin-  
stellen, wenn sie, wie die Fascisten, die gesetzwidrige Ge-  
walt täglich praktisch übt und theoretisch verherrlicht,  
wenn sie von dieser Gewalt lebt, im wahren und materiellen  
Sinne des Wortes. Und wie können die Rationalisten sich

### Verhandlungskrise in Genf.

Genf, 23. Februar. (III.) Die bisherigen deutsch-polnischen  
Besprechungen lassen erkennen, daß sich eine zufriedenstellende Ein-  
gung kaum erzielen lassen wird. In einigen Fragen wird man die  
Entscheidung des Präsidenten Calonder anrufen müssen. Dieser  
Punkt ist in einer getrigen Besprechung der beiden Bevollmächtigten  
Dr. Schiffer und Olzowski mit dem Präsidenten Calonder gestreift  
worden. Es ist allerdings möglich, daß der Präsident in privaten  
Vorbereitungen den Delegierten zu einer Eingung verhilft. Heute  
kann jedenfalls ein abschließendes Urteil über die bisherigen Ver-  
handlungen noch nicht gefällt werden. Präsident Calonder hat als  
äußersten Schlachtermin für die Besprechungen den 10. März ange-  
nommen, über den hinaus die Verhandlungen keinesfalls dauern  
sollen.

Ueber diese

### Konferenz Calonder-Schiffer-Olzowski

berichtet die „Frankfurter Zeitung“, daß dabei das bisherige Ergeb-  
nis der Verhandlungen über die Regelung der Uebergangszeit  
in Oberschlesien zusammengefaßt worden ist. Obwohl der Redak-  
tionsausschuss und die technischen Unterausschüsse seit Anfang vor-  
riger Woche täglich mehrere Sitzungen abhalten, dürften sich diese Vor-  
arbeiten noch bis Anfang März hinziehen, denn es handelt sich  
einerseits um die unabweisbare Feststellung von mehr als 600 zum  
Teil sehr ausführlichen Artikeln von einschneidender Tragweite für  
die künftige wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung, an-  
dererseits waren im Laufe der Verhandlungen die am meisten um-  
strittenen Fragen zurückgestellt worden, so daß also der schwierigste  
Teil der Diskussion erst jetzt beginnen dürfte. Herr Calonder  
hat den Wunsch, daß beide Parteien sich auch noch über diese Streit-  
punkte einigen, so daß er überhaupt nicht in die Lage kommen  
würde, sein schiedsrichterliches Nachwort zu sprechen. Es ist aber  
keineswegs sicher, daß ihm diese Notwendigkeit erspart werden wird,  
denn es werden in letzter Stunde noch drei Punkte übrig blei-  
ben, in denen Polen bisher aus politischen Rücksichten eine Ver-  
ständigung unmöglich gemacht hat, in erster Linie die beiden Parteien  
auszuwerlegenden Bestimmungen über den Schutz der Kinder-  
arbeiten. Auf deutscher Seite wird entsprechend der Entscheidung  
des Völkervereinigung eine Anpassung dieser Schutzmaßnahmen an die

den Ideen Cello über die Friedigung Europas anschließen, wo sie noch in diesen Tagen eine Verstärkung des stehenden Heeres gefordert haben, eine Vermehrung der Marine, wo sie — und wieder im wahren und materiellen Sinne des Wortes — von der Schwerindustrie leben, wie die Faschisten von der Gewalt? Schließlich spottet die Fraktion Salandra ihrer selbst; wenn sie sich mit der Teilnahme der Arbeiterschaft an der Verwaltung der Betriebe einverstanden erklärt. Und zu dieser Nichtachtung ihrer eigenen Programme, zu dieser Preisgabe ihrer politischen Wesenheit hat sich die Rechte bloß deshalb entschlossen, weil sie im Trüben der Krise hofft, ein Ministerportefeuille mit allem, was drum und dran hängt, fischen zu können.

Wohl selten hat eine herrschende Klasse ein widerwärtigeres Bild politischer Charakterlosigkeit geboten, als dies heute die italienische Bourgeoisie tut. Es fehlt ihr wirklich jede Hingabe an das nationale Ganze: sie zeigt den typischen Egoismus und die Kurzsichtigkeit einer in Auflösung befindlichen Klasse. Außer dem Springen und Schnappen nach einem Ministerportefeuille ist unter der Mehrheit ihrer parlamentarischen Vertreter kein Kraftaufwand zu bemerken. Bonomi war wahrhaftig kein großer Mann und gibt die von ihm beim Regierungsantritt übernommene Arbeit fast unbewältigt dem Nachfolger weiter: aber moralisch steht er doch meterhoch über der Sippe, die ihn niedergestimmt hat, um sich in sein Erbe zu teilen.

Wer die Bemerkungen der Presse über das Botum liest, dem wird geradezu schwindelig zu Mut, mit einem Anflug von Seekrankheit. Die „Tribuna“ schreibt: „Wahrlich muß man Mussolini für die logische Baurtheit loben, mit der er die Kammer zum Bewußtsein der Wirklichkeit der Situation brachte!“ Für das Giornale d'Italia hat Mussolini einen Anschlag der Sozialisten und Rittis verurteilt! Wenn man das Zeug liest, fragt man sich wirklich, ob ein Teil der Krankheit des Landes nicht an dem Fehlen einer von Finanzliquen unabhängigen Presse liegt.

Aus dem Dunkel der Situation liest nun jeder heraus, was ihm paßt. Die einen sehen einen Hinweis auf ein „konstitutionelles Ministerium“, worunter sie eine Koalition von Demokraten und der Rechten verstehen, bei der den reaktionären Elementen das Uebergewicht zusteht; die anderen, und unter ihnen der „Avanti“, deuten das Botum der Kammer als eine Indikation einer Konzentration der Linken, von den Reformisten bis zu den Merkitalen, unter Ausschluß der Rechten, welcher Konzentration unser Zentralorgan die sozialistische Stimmenhaltung in Aussicht stellt, was natürlich ihre Lebenschancen vermehren würde.

Uns will es scheinen, daß die Charakter- und Würdelosigkeit der Kammer nach dem Diktator schreit, also nach Giolitti. Dieser allein versteht es, diese Schar zu Paaren zu treiben. Er ist konstitutionell und Demokrat, reaktionär und liberal, für den Aufstieg der Arbeiterklasse und für den Faschismus. Für ihn sind all diese Worte Schall und Rauch: er hat die Routine der Regierung. Er wird auch mit dieser Kammer regieren können, weil er die Kammer regieren wird. Die Merkitalen wollen ihn nicht, die Sozialisten wollen ihn nicht, aber wir glauben nicht, daß es heute, mit dieser Kammer, ein lebensfähiges Ministerium geben kann, ohne Giolitti. Italien braucht eine Regierung, nicht eine Kette von Ministerien, die wie Lote auf Urlaub, ein paar Monate schüchtern herumspuken, bis irgendeine unnatürliche Koalition von Parteien wie eine Rauefalle über ihnen zusammenklappt. Was die heutige Kammer taugt, hat man beim gestrigen Botum gesehen: sie muß entweder weg oder unter Giolittische Fuchtel. Heute haben auch die Sozialisten nicht mehr die Möglichkeit, die Kammer und das Land vor dieser Alternative zu retten.

Oberst v. Inlander verurteilt. Das Münchener Amtsgericht hat gestern den Oberst v. Inlander, einen bekannten rechtsradikalen Agitator, wegen eines Verstoßes gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. August 1921, laut der ehemalige Angehörige der bewaffneten Macht, denen die Berechtigung zum Tragen von Uniformen verliehen worden ist, hiervon nur bei besonders sehr vom Reichspräsident bestimmten Anlässen Gebrauch machen dürfen, zu einer Geldstrafe von 500 M. verurteilt.

## Unabhängige Reichskonferenz.

USP. und Vertrauensvotum — Aufnahme der KAG.

Die Reichskonferenz der USP. hat am Mittwoch im Reichstagsgebäude stattgefunden. Der Hauptpunkt der Tagesordnung war die Situation, die für die USP. durch das Verhalten der Reichstagsfraktion geschaffen worden ist, deren Mehrheit bei der jüngsten Krise gegen das Kabinett Birrh stimmte, während die Minderheit sich der Stimme enthielt. Daneben wurde die Frage der Aufnahme der „Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft“ behandelt.

Was den ersten Punkt anbetrifft, so ist die Differenz zwischen Fraktionsmehrheit und Fraktionsminderheit — soweit wenigstens der kurze Bericht der „Freiheit“ erkennen läßt — auf diplomatischem Wege beigelegt worden. Die Konferenz nahm gegen wenige Stimmen folgende Resolution an:

Die Konferenz billigt die Gründe, die die Mehrheit der Reichstagsfraktion zu ihrer Abstimmung am 15. Februar bewogen haben.

Das Charakteristische dieser Resolution besteht darin, daß sie zwar die Billigung für die Mehrheit, aber keine Mißbilligung für das Verhalten der Minderheit ausspricht. Diese Form ist offensichtlich gewählt worden, um keine der beiden Richtungen vor den Kopf zu stoßen. Nach der vorliegenden Formulierung können die Anhänger der Mehrheit sich damit trösten, daß die Billigung ihres Verhaltens eine „stillschweigende“ Mißbilligung des Verhaltens der Minderheit bedeutet, während die Minderheit mit ebensoviel Recht sagen kann, daß nach allgemeinem Brauch ausdrückliche Mißbilligung nicht stillschweigend, sondern mit deutlichen Worten ausgesprochen wird. Offenbar um der Situation den Stachel zu nehmen, hatte die Minderheit vorher durch Breitscheid erklären lassen, daß sie keine Gruppenbildung beabsichtigt oder vorgenommen habe, sondern daß die dreizehn dissentierenden Reichstagsabgeordneten sich lediglich individuell eines alten parlamentarischen Rechts bedient hätten. So wurde der Zwiespalt diplomatisch überbrückt, wobei man natürlich nicht verkennen darf, daß die sachlichen Differenzen zwischen den beiden Richtungen nicht überwunden sind, wie die Debatte deutlich erkennen läßt.

Zur Frage der KAG., die sich bereit erklärt hat, der USP. unter Anerkennung ihres Programms und Statuts beitreten zu wollen, wurde beschloffen, daß der Aufnahme ihrer Mitglieder danach keine grundsätzlichen Hindernisse entgegenständen, daß diese aber nach § 2 des Organisationsstatuts zu erfolgen hätte, der lautete:

„Ueber die Aufnahme als Mitglied entscheidet zunächst der Vorstand des Ortsvereins. Das Recht des Einspruchs hat jede Organisationsleitung im Reiche. Ueber die Einsprüche gegen die Aufnahme entscheiden nacheinander Bezirksleitung und Zentralleitung. Wird innerhalb Jahresfrist kein Einspruch erhoben, so gilt die Aufnahme als endgültig.“

Praktisch bedeutet dieser Beschluß, daß die USP. nicht gewillt ist, die KAG. korporativ aufzunehmen, sondern daß sie sich in jedem Einzelfall die Entscheidung vorbehalten will. Man kann verstehen, daß die USP. die Wiedertehr manches „alten Freundes“, der in Halle die USP. hat sprengen helfen, mit sehr gemischten Gefühlen ansieht, und keineswegs einem jeden die Tür öffnen will. Ob freilich die KAG. sich einer solchen Ausübung ihrer Anhängerschaft unterwerfen wird, muß abgewartet werden.

Die Konferenz nahm schließlich noch eine Protesterklärung gegen die Auslieferung des Ehepaares Fort an die spanische Regierung an.

Deutschemagogische treibt jetzt die „nationaldemokratische“ tschechische Presse, wobei ihr der Stinbomdenwurf des deutschnationalen Abgeordneten Boeran als ein Agitationsmittel dient. Das sozialdemokratische „Pravo lidu“ bekämpft diese Hege und appelliert auch an die Deutschen, mit der Zurücknahme des allen Landestheaters in Prag so lange zu warten, bis die neue tschechische Schauspielbühne fertig ist.

## Die deutschen Juden im Weltkrieg.

Eine interessante Statistik.

Unter der Ueberschrift „Die deutschen Juden als Soldaten im Kriege 1914/18“ ist soeben eine sehr sorgfältig durchgeführte statistische Arbeit von Dr. oec. publ. Jacob Segall im Philo-Verlag (Berlin SW. 68) erschienen. Auf Grund eines ausgedehnten tabellarischen Materials gelangt der Verfasser zu folgenden Ergebnissen:

1. Circa 100 000 deutsche Juden haben am Feldzuge teilgenommen, d. h., die jüdische Bevölkerung in Deutschland hat geflohen den auf sie entfallenden Anteil an Kriegsteilnehmern gestellt (etwa 16 Prozent).

2. Circa 80 000 jüdische Kriegsteilnehmer sind an der Front gewesen, d. h. vier Fünftel aller jüdischen Feldzugsteilnehmer, und zwar nahezu gleichmäßig in allen Provinzen und Staaten, haben vor dem Feind gestanden.

3. Circa 12 000 jüdische Kriegsteilnehmer haben die Heimat nicht wiedergegesehen, d. h. die deutschen Juden haben Blutopfer gebracht, die nach Lage der Dinge durchaus entsprechend sind.

4. Circa 35 000 sind triegsdefloriert, 23 000 befördert worden, darunter mehr als 2000 zu Offizieren. D. h. jüdischen Kriegsteilnehmer haben an den Erfolgen kriegerischer Leistungen in einer dem Durchschnitt mindestens entsprechenden Weise teilgenommen.

Durch diese Statistik werden die von antisemitischer Seite ausgestreuten Hehlügen, daß die Juden sich vom Kriegsdienst gedrückt hätten, restlos widerlegt, ebenso die kindlichen Fabeln des Herrn Ludendorff, daß eine „jüdische Weltoberteilung“ sich mit England und Frankreich gegen Deutschland verschworen habe.

## Taten derer von Raehne.

Obwohl an dieser Stelle schon mindestens ein halbes Duzend Fälle mitgeteilt wurden, in denen Mitglieder der Familie v. Raehne rechtswidrig von der Schutzwaaffe Gebrauch gemacht haben, ist die Liste bei weitem noch nicht vollständig. Namentlich in der Zeit des alten Systems scheint die Bevölkerung der umliegenden Dörfer die Schlehwe derer v. Raehne für etwas so Selbstverständliches — bei dem Verfolgen jeder staatlichen Hilfe — so Unabänderliches betrachtet zu haben, daß die Einzelfälle kaum noch registriert wurden. Außerdem hätten die Raehnes ihr eigenes Wertungssystem, in leichteren Fällen ließen sie ihre wirtschaftliche Macht über die eingeschüchterte Bevölkerung spielen, in schwereren Fällen deckten sie den Schaden mit einer Abfindungssumme zu.

So ist es erklärlich, daß sich noch fortwährend bei uns Personen melden, die in der Nähe von Behow anständig waren und über Schieflaten zu berichten wissen, die niemals an die Öffentlichkeit gedrungen wären. J. B. wird uns mitgeteilt, daß schon vor einer Reihe von Jahren der Schneidermeister C. I. E. aus Neue Scheune durch Herrn v. Raehne angegriffen worden ist; er erhielt damals eine Abfindungssumme und schwieg. Eine Frau aus Mittelbusch und deren Töchter hat v. Raehne jr. beim Eichelstein getroffen und mit Erstechen bzw. Raehne bedroht. Die Frau hat geschwiegen, weil ihr Mann von Raehne wirtschaftlich abhängig ist.

Besonders charakteristisch ist auch, daß die v. Raehne ihr Gewaltregiment auf Grundstücken, Wegen usw. ausüben, an denen ihnen das Eigentumsrecht gar nicht zusteht, sondern wo sie nur einen Rechtsanspruch für sich behaupten. In dem Fall des Autos, das durch v. Raehne jr. beschossen wurde, wird uns J. B. mitgeteilt, daß das Auto nicht auf dem Grund und Boden der Familie v. Raehne, sondern auf öffentlichem Wege gefahren ist, den die Raehnes fälschlich als ihren Privatweg in Anspruch nehmen. Indem sie andere von dem Wege vertreiben, wollen sie offenbar ein Gemeinheitsrecht oder eine Erziehung konstruieren. Ein Zeuge, der sich bei uns gemeldet hat, ist an einer Stelle, wo sich zwei öffentliche Wege mit einem Privatweg der Raehnes kreuzen, durch v. Raehne sen. angehalten und grob beschimpft worden. Sein „Verbrechen“ bestand darin, daß er das Dreieck zwischen den drei Wegen, einen wenige Meter breiten Platz, der als Müllplatz benutzt wird, überschritten hat. Dieses Gehen gehört angeblich zum geheiligten Eigentum der Schlehweiden von Behow.

## Aphorismen von Friedrich Kayfler.

Menschenantli. — Das Menschenantli als solches hat in seiner Unergründlichkeit für den wahrhaft ernsten Beschauer etwas Grauerregendes, das ihn zurückweichen läßt. Nur wenn eine der beiden Hinterinnen des Inneren, Güte oder Liebe, an den Pforten des Auges erscheint, wagt er, sich zu nähern.

Worte lesen. — Worte haben Duft, der über ihnen schwebt; viele, die Worte lesen, nehmen sich nur diesen Duft hinweg. Oder Worte haben etwas Festes, Körpervolles, das man fühlen kann wie die volle Blüte einer Blume; viele, wenn sie ein Buch in die Hand nehmen, gehen gerade auf den Leib der Worte los, zerpfücken ihn und wollen sehen, was darin steckt.

Und Worte haben einen Duft, der aus der Ferne hinter ihnen kommt, einen Lichtduft, der von der fernen Lichtquelle herrührt, welche die Worte zu Formen ausblähen ließ, sowie es einen Sonnenduft gibt, von einer Sonne her, die Blumenformen hervorlockt; manche, die Worte lesen, achten nicht auf den Duft über den Worten, sehen den Körper der Worte kaum — aber sie atmen den Lichtduft, nur um feinetwillen lesen sie.

Die Kunst vergessen. — Laßt uns die Kunst nicht überschätzen oder besser gesagt: falsch schätzen; vergessen wir niemals, daß das Leben das Nächste und Beste und Wunderreichste ist, mit dem wir uns zu beschäftigen haben, und daß unsere Tage der Kunst nur Tage in diesem Leben sein sollen, wohl hohe Festtage, aber immerhin Tage — im Leben. Wenn wir Fachleute der Kunst gezwungen sind, im Beruf alltäglich Kunst zu üben, so tut uns diese Erkenntnis bitter not. Berwechseln wir diese alltägliche Kunstübung nicht mit der Kunst selbst. Die Kunst selber hat nichts mit Beruf und dergleichen Dinge zu tun. Sie ist nichts mehr und nichts weniger als eine außerordentlich wohlgebildete, duftende und wunderkräftige Frucht, die zu ungewissen Zeiten unter ungewissen Bedingungen irgendwann hie und da einmal am Baume menschlicher Persönlichkeit zur Reife kommt. Tausend andere Früchte wachsen und fallen ab, sie sind gut und brauchbar, aber diese eine ist das Kunstwerk unter ihnen. Sie kommt immer überraschend, keine noch so fein erforschte Kultur und Pflege könnte sie mit Absicht hervorlocken, sie ist da. Dies ist ein Grund, sie über alles zu verehren und zu ehren, aber auch ein Grund, sie nicht mit alltäglichen Wünschen und Fleißübungen herbeizutreiben zu sollen. Wenn man sie am wenigsten erwartet, so ist sie da. Wenn sie vergessen wird, kommt sie am liebsten.

Bewährte Tränen. — Jede Träne, die du Kraft genug hast, in dein Inneres zurückzubringen, rinnt einwärts in deines Wesens Kern und hilft dort an einem Kristall bilden, dessen Reinheit und Klarheit das Dunkel deines Inneren allmählich erhellt und eines Tages dich ganz durchleuchtet wird.

Künstler. — Künstler sein heißt den Mut haben, sich selbst zu bekennen — und Demut genug, um zu wissen, daß ein Haar vom Leben gebielet oder eine Träne, ein Kinderlachen, eine Blume oder ein Baum Dinge sind, vor denen die tiefste Kunst in den Schatten geht und schweigt.

Neue Kunst. — Neue Kunst soll neue Kunst sein und nicht eine Frage, die das neue Zeitalter dem alten schneidet. (Aus „Bestimmungen aus der äußeren und inneren Welt.“ — Verlag: Erich Reiß, Berlin.)

„Natur und Kultur der Mark Brandenburg“ ist der Titel des Vortrags von Franz Goerke, der in das Programm der Urania aufgenommen wurde. Die Einteilung ist ganz in Maß gehalten, es wird von der verlorenen Macht, der verlorenen Ehre und dem verlorenen Volkswohlstand geredet, um so die Grundlage zu schaffen, später oft auf den früheren Glanz hinzuweisen. Dabei wird sogar, natürlich sein verdrängt, ein Angriff auf die neuen Geschichtsbücher unternommen. Der alte Friedrich wird sehr gefeiert und desgleichen sein Ausbau des Staates durch den Krieg. Die bildlich erscheinenden Ruinen, oft entstanden im Dreißigjährigen Krieg, wurden aber doch wohl zum gewolligen Prediger gegen den Krieg.

Die Bilder und deren Erklärungen wurden zur reinen Freude. Die märkische Landschaft will verstanden sein, sie hat ihre Größe in sich und ist ganz auf Stimmung eingestellt. Fröhliche Sonne steht ihr nicht gut, aber der Sonnenuntergang, das ist die Zeit für sie. Diese eigenartige Verbindung Wald und Wasser ist stets von stärkster Wirkung. Der Riesenwald hat eine Schlichtheit, die entzückt, die märkischen Seen treten untereinander in eine ungewollte Schönheitskonkurrenz, und die Kanäle und Flüsse bringen durch ihre Trägheit einen eigenen Ton in die Landschaft. Man erlebt die Poesie des deutschen Waldes, hört von dunklen Sagen und fiebert, die Geschichte der Gegend kennen zu lernen. Man sieht alte Bauernhäuser, wiederholt niederländische, die so streng die Harmonie zwischen Hof und Landschaft wahren. Dann wieder trifft man während dieser Wanderung auf der Leinwand Städte und freut sich ihrer kräftigen Silhouette. Von malerischer Wertung aber sind die Gärten. In norddeutschen Ländern haben sie immer etwas Kührendes an sich, wie so fleißig und freudig knospen und blühen doch all die bescheidenen Blumen, um ein paar lange Sonnentage auszunutzen. e. b.

Und wieder: „Dreimäderhaus“. Der Jimmy und die Clownen der neuesten Operette scheinen in der Chausseestraße kein Publikum mehr zu finden. Das Friedrich-Wilhelmstädtische Theater hat sich reumütig zu seinem altdewährten Dreimäderhaus zurückgefunden und eine Neueinstudierung der Bertschschen Zusammenstellung von Schubertliedern und Stimmungsbildern herausgebracht. Der freundliche Zauber dieser gemütvollen Weisen bewährt sich von neuem, das von den Troits aller epischen Klassen überfüllte Publikum findet sich wieder gern in dem seinem Wesen noch nicht entfremdeten Milieu zurecht und läßt sich bei Mondschein und Liebe von neuem herzlich wohl sein. In die Rolle Schuberts schmiegt sich Hans Wollé taftvoll hinein; er vermeidet das naheliegende Tappische oder allzu Sentimentale und genügt, wenn man

nicht allzu anspruchsvoll ist, den musikalischen Anforderungen. Das Hannover spielte das noch etwas unerfährte Fräulein Kitty Marion mit einer nicht ganz zeitgemäßen Drolerie, was ihr aber nicht sonderlich übel genommen wurde, da sie tapfer drauflos sang. Die Herrschaften aus dem Kreis von Schubert sind vortrefflich. Der Dirigent Oswald Huth bleibt das Ganze musikalisch nach Möglichkeit zusammen, was ihm meist, wenn auch nicht immer, gelang. Die Inszenierung zeigte nichts Neues. Das Publikum war, wie nicht anders zu erwarten, mit aller Freundlichkeit ganz bei der Sache. k.

„Orpheus“ im Großen Schauspielhaus. Die vor einigen Wochen erfolgte Ankündigung, der „Orpheus“ könne demnächst nicht weiter gespielt werden, hat sich glücklicherweise nicht bewahrheitet. Halb Berlin wäre sonst darüber unglücklich geworden. Nun läßt dieser Rattenfänger von Paris wieder seine lodenden Ränfte aus, und die große Opernaufmachung Reinhardt's, mit ihren Farbenorgien, verführerischen Bühnenbildern und den vielen alten und neuen Kalauer entwickelt ihre Reize aufs neue. Der Stimmungscharakter des zweiten Kaiserreiches ist im wesentlichen beibehalten. Wie wärs, wenn der „Orpheus“ einmal expressionistisch (vor allem ohne die Ballettröckchen) probiert würde? Die Neubesetzungen fügen sich dem alten Gesamteindruck gut ein: W. Bahmann spielt seinen angeklammerten Trott als Jupiter, Dorothea Manski ist Cerydice, vorzüglich in der Stimme, aber nicht gerade eine Götterverführerin. Joh. Müller singt und spielt den Pluto mit Kraft und Berbe. Wer nennt die anderen Namen alle, neu oder alt; sie sehten ihr bestes ein und hoffen alle mit zum Erfolge.

David und Goliath im Film. Zwanzig Stars einer englischen Kinogesellschaft sind in Jerusalem eingetroffen, um dort für einen großen Film zu proben, der Szenen aus der Bibel darstellen soll. Die Hauptattraktion wird der Zweikampf zwischen David und Goliath bilden; dafür werden die Aufnahmen in der Nähe der großen Straße, die von Jerusalem nach Ramallah führt, gemacht werden.

Die groteske Albernheit des heutigen Films konnte wirklich nicht weiter getrieben werden. In seiner Sucht, alles „echt“ zu imitieren, wird eine Sage „nach der Natur“ photographiert. Nächstens werden diese phantastischen Dummköpfe wohl auch den brennenden Busch Rosas oder den Durchgang durchs Rote Meer an Ort und Stelle suchen.

Das erste Volkstonkonzert im Großen Schauspielhaus findet Sonntag, dem 11. Uhr statt. Programm: Beethoven, Camont-Quintette und Violinkonzert, Schubert, C-dur-Sonate. Dirigent: Klaus Bringsheim.

Wiederlandung. Die auf Freitag angelegte Erbauung von Reichlich, Erziehung durch Kolibri“ in den Kammer, spielen findet Samstag, Freitag, „Kunatol“.

Ernung eines deutschen Gelehrten. Die Akademie der Wissenschaften in Stockholm hat den Professor der Physik an der Berliner Universität, Dr. Planck, zum auswärtigen Mitglied ernannt.

Das Berliner Winterpalais soll zu einem kunsthistorischen Museum umgestaltet werden. Mit der Restaurierung der Kunstgegenstände ist bereits begonnen worden. Die Kunst der Ukraine und Sibiriens wird in besonderen Abteilungen untergebracht, die noch in diesem Frühjahr eröffnet werden.

## Durcheinander vor Genoa.

Zwar wird Ort und Tag der Besprechung zwischen Lloyd George und Poincaré geheimgehalten, es ist aber durch, daß sie am Sonnabend in Calais oder Boulogne stattfinden werde. Nach den „Times“ ist Lloyd George nun auch für die Verschiebung der Genueser Konferenz, aber nicht über Ende März hinaus. Es soll sich darum handeln, ob die Verschiebung zehn Tage oder drei Wochen zu betragen hat und um Poincarés Bedingungen für die Teilnahme Frankreichs — Nichtantasten der Reparationsdiktate usw. — und für die Zulassung Rußlands: Anerkennung der Rückzahlungspflicht für Ultrahandschulden.

In der gestrigen Geheimkonferenz des Londoner Finanzkonfessions für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas sollen sich die Beratungen um die Ausbringung des Grundkapitals von 20 Millionen Pfund gedreht haben, wobei die Meinungen darüber auseinandergingen, ob dieses Kapital durch private Zeichnungen oder durch die Regierungen ausgebracht werden soll oder ob die Zeichnungen lediglich von den Regierungen garantiert werden sollen. In diesem Falle würde allerdings das Eintreten, was man gerne vermeiden wollte, daß nämlich die Regierungen sich in die Tätigkeit des Finanzkonfessions einmischen würden. Eine Entscheidung ist noch nicht getroffen. Der englische Advokat Brown hielt einen Vortrag über die von ihm ausgearbeiteten Statuten der Muttergesellschaft, die auf die verschiedenen Tochtergesellschaften Anwendung finden sollen. Hierauf wurde die Anhörung der verschiedenen deutschen Sachverständigen beschlossen, die in London anwesend sind.

Der französische Minister der öffentlichen Arbeiten Le Troquer dementiert formell die Nachricht, wonach er beabsichtige, in Deutschland bedeutende Bestellungen an Schienen und Eisenbahnmaterial als Reparationsleistungen zu machen. Über das Wiesbadener Abkommen sieht doch solche Lieferungen vor!

Nach einer Washingtoner Meldung sprach Präsident Harding die Hoffnung aus, daß die englische Regierung an Amerika 1 Milliarde Dollar in Schatzscheinen zahlen werde. Der Verkauf dieser Schatzscheine würde es ermöglichen, den Kriegsteilnehmern eine besondere Prämie zu gewähren. Der amerikanische Senat hat nach einer Reutersmeldung Harding ermächtigt, den Patentvertrag mit Deutschland zu erneuern.

## Meunier-Debatte in der Kammer.

Paris, 23. Februar. (G.) Die Abgg. Lacotte und Oheuff werden in der heutigen Sitzung der Kammer eine Interpellation über den Fall Meunier einbringen. Die Regierung dürfte zustimmen, daß die Debatte sofort eröffnet wird. Der „Matin“ fordert eine rücksichtslose Untersuchung des Falles; entweder sei Meunier schuldig, dann müsse er bestraft werden, oder er sei unschuldig, und dann müsse sich das Verfahren gegen diejenigen wenden, die ihn ins Gefängnis geworfen und dort so lange zurückgehalten hätten. Im allgemeinen wird dafür Stimmung gemacht, den Fall Meunier jetzt nicht mehr auf das politische Gebiet hinüberzuspielen zu lassen; die lange Haft sei nur dadurch verursacht worden, daß die Untersuchung des Falles sich durch besondere Schwierigkeiten so überaus kompliziert gestaltet hätte. Der Justizauschuss wird heute den Amnestievorschlag der Regierung beraten. Von sozialistischer Seite soll beantragt werden, einen besonderen Paragraphen einzufügen, der die Amnestierung von Caillaux und Malvy und der Reuterer der Schwarzmeerflotte ausspricht.

## Das russische Grauen.

Moskau, 23. Februar. (Inlet.) Im Gouvernemente Saratow findet man überall halbverfallene Bauernhäuser, deren Fenster nur mühsam mit Brettern verschlagen sind. Die Bewohner dieser Hütten sind entweder ausgewandert oder bereits des Hungertodes gestorben. Die Sterblichkeit erreicht im Durchschnitt 25 Proz. Die Kinder sterben völlig aus. Die als Nahrungsmittel dienenden Sacrograte sind ausgezehrt. Feldmäuse gibt es keine mehr, die der Bevölkerung eine Zeitlang zur Nahrung gedient haben. In der letzten Zeit nährt sich die Bevölkerung von Peltzen und Schaffellen. Das Peltzwerk wird abgeschabt und das Leder gefocht und geessen. Die Bauern graben sich in Erwartung des Todes selbst ihr Grab.

## Loß von Moskau!

Paris, 23. Februar. (G.) Die „Welt Parisien“ meldet, sind in Westgeorgien Unruhen ausgebrochen. In Batumi kam es zu Zusammenstößen zwischen der Bevölkerung und der russischen Besatzung.

## Die Cholera droht.

Am 18. März findet in Warschau eine internationale Cholera-Konferenz statt, an der auch u. a. Professor Mühlens, der Vertreter des deutschen Roten Kreuzes in Rußland, teilnehmen soll. — Die fürchterliche Verwahrlosung der Städte Sowjetrußlands bedeutet für das Frühjahr eine ernste Seuchengefahr, der es beizugehen zu begegnen gilt.

## Deutschösterreich wird unterstützt.

Nach dem englischen und italienischen Kredit soll nun auch ein skandinavischer von 2 Millionen Pfund gewährt werden; außerdem sollen amerikanische Privatbankiers bereit sein, 100 Millionen Dollar vorzulegen.

In Wien nimmt die Arbeitslosigkeit so zu — ob das schon eine Folge des Fallens der Devisen ist, kann nicht gesagt werden —, daß die Gewerkschaften ein Programm zur Beschäftigung der Arbeitslosen bei höchst notwendigen öffentlichen Bauten aufgestellt haben.

Im Anschluß an die Reise des Bundeskanzlers Schöber durch das Burgenland wird von einer neuen schiedsgerichtlichen Grenzziehung gegen Ungarn gesprochen, was einige Feudalaristokraten durch ihre Entente Freunde durchgesetzt haben sollen.

## Der Bukarester Kommunistenprozeß.

Bukarest, 22. Februar. (Inlet.) Die 270 Kommunisten, die vor dem Militärgericht unter der Anklage des Hochverrats oder der Beteiligung an Verrätern stehen, befinden sich bereits seit mehreren Tagen im Hungerstreik. Während der Verhandlungen brechen zahlreiche Angeklagte ohnmächtig zusammen. Ministerpräsident Brătianu, bei dem die Verteidiger intervenierten, weigerte sich, irgend etwas gegen die grausame Behandlung der Angeklagten zu unternehmen. Trotzdem schloß dieser Protest und die Erregung der Arbeiterklasse bewirkt zu haben, daß das Gericht nach während der Verhandlungen 50 Angeklagte, die sich zum Teil schon viele Monate in Untersuchungshaft befinden, freiließ.

Das kommunistische Parteiorgan „Humanitat“ und das Londoner Arbeiterorgan „Daily Herald“ sind in Rumänien verboten worden, weil sie Artikel über die rumänische Militärdiktatur veröffentlicht haben.

## Im Kampf gegen den Kinofund.

Die Bemühungen, das Kino zu veredeln, haben bisher nicht viel Erfolg gehabt. Beachtung verdient der im „Vorwärts“ bereits mehrfach erörterte Versuch, in Berlin unter Mitwirkung der Schule eine Kinoreform anzubahnen. Schulkinos sollen nicht nur die Schulkinder, sondern auch Schulklassen und weiter die mit den Kindern und Jugendlichen kommenden erwachsenen Familienangehörigen an Besseres gewöhnen, als die nach Profit verlangenden Kinounternehmer zu bieten pflegen. Da wegen der Kosten nicht jede Schule ihr eigenes Kino haben kann, so werden Gruppen von Schulen zu „Schulkinoeigenheiten“ zusammengefaßt, die ein gemeinsames Kino abwechselnd benutzen. Dieser Gedanke der Schulkinoeigenheiten mit gemeinsamem Kino ist zuerst von einzelnen Lehrern verwirklicht worden, die unter persönlichen Opfern ihr Ziel verfolgten, aber an volle Durchführung ist ohne Hergabe reichlicher Mittel kaum zu denken. Einstweilen hat man sich noch zu dem Notbehelf gezwungen, auch private Kinos in den Dienst der Sache zu stellen, wobei aber die Entscheidung über die Auswahl der Filme den Kinounternehmern entzogen wird. Im Berliner Ausschuss zur Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur und des Unwesens im Kino“ berichtete der Vorsitzende, Direktor Dr. Häußler, daß in Berlin jetzt bereits 41 solcher Schulkinoeigenheiten bestehen, die als Ausgangspunkte der Kinoreform wirken sollen. Röhren, führte Häußler aus, 200 Stellen eingerichtet werden, so würde auch die Industrie geneigter sein, entsprechende Filme zu schaffen, weil es dann mehr für sie lohnt. Im Mittelpunkt der Darbietungen dieser Kinos, die von der Schule aus die besseren Filme in die breiten Massen der Bevölkerung hineintragen wollen, steht der belehrende Film, aber auch das Verlangen nach Unterhaltendem wird ausgiebig berücksichtigt. An der Arbeit, die Filme zu prüfen und auszuwählen, beteiligt sich das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht.

## Schulinsel Scharfenberg.

Im vergangenen Jahre waren Schüler des Humboldt-Gymnasiums auf der südlichen Insel Scharfenberg im Tegeler See während des Sommers mit ihren Lehrern in dem seit einem Jahrzehnt leerstehenden Herrenhaus untergebracht und wurden dort unterrichtet. Es ist jetzt infolge der günstigen Erfahrungen der Praxis aufgetaucht, die Segnungen dieser Erziehungsweise in der Natur und im Zusammenleben mit den Lehrern auch Schülern anderer Berliner Schulen zuteil werden zu lassen. Dem Magistrat und seinen Deputationen für höhere Schulen und für Versuchsschulen ist jetzt ein Antrag zur Genehmigung vorgelegt worden, mit Beginn des Sommersemesters d. J. das Elend dauernd zu einer „Schulinsel“ zu machen. Eine neue ständige Schule soll hier entstehen, die die von Unterrichtsminister jüngst freigegebene „Differenzierung der Oberstufe“ mit der Form der neuen „deutschen Oberstufe“ zu verbinden versucht. Zur Vorbereitung darauf will sie Untersekundarner Berliner Gymnasien, die ihre letzten vier Schuljahre in enger Gemeinschaft mit ihren Lehrern und Kameraden auf der Insel verleben möchten, und zur Aufbauschule strebende Gemeindefachschulen in einer Art „Zwischenschule“ fassen. Da die ersten Kosten im Verhältnis zu dem hohen idealen Ziel nur gering sind, ist zu hoffen, daß der Magistrat dieser neuen aufbauenden Arbeit seine Zustimmung nicht verweigern wird.

## Großfeuer in Grünau.

Großfeuer kam heute vormittag gegen 8 Uhr in der Chemischen Fabrik von Landshoff u. Meyer in Grünau zum Ausbruch und verursachte erheblichen Schaden. Entstanden war es angeblich in einem Raum, wo Naphthalin, Kampfer und Schwefelsäure zur Herstellung von Chemikalien benutzt werden und Naphthalin fertiggestellt wird. Die Flammen hatten schnell reiche Nahrung gefunden und eine große Ausdehnung erlangt. Als die Grünauer freiwillige Feuerwehr an der Brandstelle nahe der Dähme eintraf, fand sie ziemlich machtlos dem einseitigen Element gegenüber. Die Bedienung von der Gefahr wurde weitergegeben, worauf die Wehren von Nieder- und Oberschöneweide, Köpenick, Kölershof, Britz und anderen Orten erschienen. Brandmeister Weyer benutzte die Berliner Feuerwehr, die eine Benzin-Motorspritze mit Geräten und Schläuchen entsandte. Von allen Seiten wurde gegen den Brandherd vorgegangen. Die von der Brandstelle ausströmenden Dämpfe erschwerten nicht nur die Lösungs-, sondern auch die Annäherung an die brennenden Gebäude. Trotz fräftigen Vordringens mit einem Dutzend Schlauchleitungen gingen die Flammen nur langsam zurück und schlugen bald hier, bald dort wieder aufs neue mächtig empor.

## Mord und Selbstmord im Kaffeehaus.

Aus Ueberpannung des Ehrgefühls. Ueber ein Revolverattentat in Rathenow wird uns folgendes gemeldet: Der Fähnrich Graf Kalkreuth war mit mehreren Offizieren des Reiterregiments 3 in das Café Rheingold in Rathenow eingelehrt. Im Café Rheingold herrschte eine sehr animierte Stimmung, und bald entstand eine Gegenstimmung gegen die Offiziere, einen Grafen Pilati und den Fähnrich Kalkreuth. Ein Kaufmann Hormann veranlaßt den Wirt, darauf die Offiziere aus dem Lokal zu weisen. Diese Vorfälle hatten den jungen Kalkreuth tief erregt. Er holte aus seinem Privatbehälter eine Pistole und ging heimlich wieder in das Café zurück. Als der Wirt ihm das Lokal verwies, rief der Fähnrich: „Ich verlasse das Lokal nur als Dehler“. Als man mit einem Stuhl auf ihn losging, zog er seine Pistole und gab vier Schüsse ab, von denen drei Hormann tödlich trafen, ein Schuß ging vorbei, mit dem fünften Schuß schoß sich Kalkreuth selbst eine Kugel durch den Kopf.

Von anderer Seite wird dazu gemeldet: Nach der Untersuchung, deren Ergebnisse vom Regimentskommando veröffentlicht werden, sollen die Offiziere von den anderen Gästen provoziert worden sein. Die Gäste bestreiten das auf das entschiedenste und behaupten, daß die beiden jungen Leute angeunken in das Lokal gekommen seien und daß durch ihr Verhalten die Ursache zum Wortwechsel gegeben wurde. Der Wirt wollte alle Weiterungen vermeiden und gebot Peterabend. Die Offiziere mußten mit sanfter Gewalt aus dem Lokal gebracht werden, weil namentlich der Jüngere, Graf Kalkreuth, sich weigerte, das Café zu verlassen.

## Neuer Rattenfeldzug im März.

Am den durch Rattenfortgesetzt verursachten Schäden vorzubeugen, hat der Polizeipräsident für Sonnabend, den 25. und Sonntag, den 26. März eine erneute allgemeine Rattenvertilgung in Berlin anordnet. Die Eigentümer oder Pächter aller im Stadtbereich gelegenen Hausgrundstücke, Lager- und Schuttplätze, Baustellen, Parkanlagen und Friedhöfe, die Vorstände von Laubenkolonien und die Inhaber von einzelnen Lauben- und Gartengrundstücken oder die gesetzlichen Vertreter dieser Personen haben zur Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 1500 M. oder entsprechender Haftstrafe an einem der beiden Tage wirksame Rattenvertilgungsmittel, nämlich dreiprozentige Phosphorsäure oder Meerzwiebelpräparate (die aber weniger wirksam sind) anzusetzen. Die Mieter haben behufs Auslegung des Giftes den hierzu Verpflichteten das Betreten der Kellerräume zu ermöglichen. Von der Verpflichtung zur Auslegung der vorbezeichneten Vertilgungsmittel sind nur diejenigen befreit, die einen Kammerjäger oder einen anderen Fachmann mit dem Auslegen des Giftes beauftragen und dies durch eine Bescheinigung des Beauftragten ihrem zuständigen Polizeirevier nachweisen.

## Die 24-Stunden-Uhr.

Dem Vernehmen nach sollen bei der Reichsbahn eingehende Erwägungen darüber im Gange sein, die 24-Stunden-Zeit im Eisenbahnverkehr allgemein einzuführen. Hierzu wird uns von gut unterrichteter Seite folgendes geschrieben:

Die Einführung der für Deutschland neuen Zeitrechnung nach 24 Tagesstunden und nicht mehr 12 Vor- und 12 Nachmittagsstunden, die vor Jahren bereits Gegenstand eingehender Erörterungen gewesen ist, läßt mit einem Schlage eine ganze Reihe von Fragen auftauchen. Abgesehen von der weittragenden Bedeutung dieser Frage für die gesamte Uhrenindustrie, würde die 24-Stunden-Uhr auch auf anderen Gebieten außerordentliche Nachteile und persönliche Opfer verlangen, die um so mehr auf den Widerstand der Bevölkerung stoßen, je größer die verlangten Opfer sind. Das erste Land, welches die 24-Stunden-Uhr einführt, war Italien. Trotz einer bis jetzt Jahrzehnte dauernden Uebergangszeit sind auch heute noch nicht sämtliche öffentlichen Uhren mit dem passenden Uhrwerk ausgerüstet, so daß zahlreiche Mißverständnisse sich aus dieser doppelten Zeitrechnung ergeben. Um Mißstände zu vermeiden, müßte zunächst einmal auch die Ansicht des Reichsministeriums des Innern gehört werden und dann auch die Ansicht möglichst vieler Kreise des Volkes, bevor zur Einführung der 24-Stunden-Zeit auf der Eisenbahn geschritten wird.

## 1 Million 189 600 Mark Geldstrafe.

Ein Opfer des Volkswissens will der 19jährige Kaufmann Kasimir Rastorajewitsch aus Moskau geworden sein, der sich unter der Anklage des Zollvergehens und der Einfuhr von Brillanten ohne Erlaubnis vor dem Euchergericht des Landgerichts II zu verantworten hatte. Der Angeklagte war hier von einem Kriminalbeamten dabei abgefaßt worden, als er veruchte, einen aussehend großen Brillanten im Gewicht von 24,88 Karat, der heute einen Wert von ca. 1 1/2 Mill. M. hat, unter der Hand zu verkaufen. Da die Einfuhr von Brillanten ohne besondere Erlaubnis verboten ist, Rastorajewitsch den Stein außerdem ohne Verzollung über die Grenze geschmuggelt hatte, wurde er als Ausländer in Haft gehalten und der Stein beschlagnahmt. Vor Gericht erklärte der Angeklagte, daß seine Eltern einmals schwerverbreitete Fabrikanten in Moskau gewesen und von den Volkswissens völlig ausgeplündert worden seien. Er habe den Rest der elterlichen Habe verkauft und für den Erlös Brillanten gekauft, in der Absicht, sie an deutsche Kriegsgewinnler zu verkaufen und sich mit dem Gelde eine neue Existenz in Warschau zu gründen. Staatsanwalt Dr. Gerecht beantragte gegen den Angeklagten eine Woche Gefängnis und — der Zollhinterziehung entsprechend — eine Geldstrafe von 1 189 600 M. und Einziehung des Brillanten zugunsten des Reichs. Das Urteil lautete diesem Antrag entsprechend.

Ueber 2 Kilogramm Feingold auf der Straßenbahn gestohlen. Ein Edelmetallgroßhändler aus der Oranienburger Straße hatte eine Frau, die für ihn öfter Bestellungen besorgte, gestern vormittag ein Paketchen übergeben, das in drei Warren 2,0608 Kilogramm Feingold im Werte von 860 499,50 M. enthielt, um es zu einem Kunden nach der Dortheimstraße zu bringen. Erst als sie dort ankam, entdeckte sie, daß ihr das Paketchen gestohlen war. Sie hatte es während der Straßenbahnfahrt in einem Wagen der Linie 52 zwischen 11 und 11 1/2 Uhr vormittags auf den Schoß gelegt, als sie vom Schaffner einen Fahrchein löste. Während dieser Zeit muß es ihr wahrscheinlich von einem jungen Mann gestohlen worden sein, der neben ihr saß, als sie dem Schaffner das Fahrgehalt reichte, und dann gleich darauf den Wagon verließ.

Die „Zweite Groß-Berliner Tabakmesse“ findet in der Zeit vom 11. bis 14. April in den Gesamträumen des Meßhauses „Neue Welt“, Hohenstraße 108—114, statt.

Die letzte Nacht des Sechstagerrennens. Das Hauptmoment der sehr lebhaften letzten Nacht lag unweifelhaft in den veranlaßten Anstrengungen der Mannschaften Lorenz, Adberger, Van der Laan, Gaidich, Gahn-Tsch und Schrage-Kohl die an Saldow-Pauer mehrere Runden wieder weit zu machen. Die größte Gefahr hierbei war es nach einem 10-Rundenlauf um eine 10 000 Mark-Gaube, die im Weltrekord der überhaupt nie überholte schone Sprint zeigte, mit großer Vorsicht. Lorenz-Adberger vermochte dem Reide fünf 1/4 Runden davon zu geben. Doch dann gelang es dem jähren und schnellen Reiten Gauer, das Feld wieder heranzuführen. Ruher den Reitergebnissen liegen die sehr zahlreichen Prämien den Führer wenns Raube, so daß sie zweifellos froh waren, als um 7 Uhr die erwünschte Raube anbrach.

Am Hauptabendlauf des 10-Kilometerrennens ging Demanow, der sich kaum von seinem letzten schweren Sturz erholt hat, infolge Wagens des Vorberreitens abermals lospöber und zog sich einen Schlüsselbruch zu. Nachstehend die Ergebnisse: Zweifachkampf: 1. Lauf über 5 Runden: 1. Kaufmann (Schweiz) 1 Min 9 Sek., 2. Lorenz, 3. Paul über 5 Runden: 1. Lorenz 1 Min 9 Sek., 2. Kaufmann, 3. Paul über 10 Runden: 1. Kaufmann 2 Min. 31 Sek., 2. Lorenz. Gesamtergebnis: 1. Kaufmann, 2. Lorenz. — Internationale 10-Kilometerrennen: 1. Lauf: 1. Gah (Holland) 15 Min. 57, 2. 12 Punkte, 2. Schmad (Schweiz) 10, 3. Nilsen (Holland) 8, 4. Stenmijur (Dänemark) 6 Punkte, 2. Lauf: 1. Demanow 15 Min. 67, 2. 16 Punkte; 2. Bauer 11, 3. Krähler 4, 4. Behrend 3 Punkte. Hauptabendlauf: 1. Gah 15 Min. 52 Sek. 10 Punkte; 2. Schmad 9, 3. Behrend 6, 4. Nilsen 6, 5. Stenmijur 4, 6. Bauer 3, 7. Krähler 2 Punkte. Jeweller Endlauf: 1. Gahn 16 Min. 7 Sek. 15 Punkte; 2. Ester Tief 13, 3. Gah 7, 4. de Breg (Holland) 2, 5. Minoretti (Italien) 2, 6. Wagnmann (Dänemark) 1, 7. Müller und Wegmann (Schweiz) 0 Punkte. Ausschreibungsläufe: 1. Gah, 2. Remas. Das Rennen wird heute abend 10 Uhr sein Ende erreichen.

## Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Mild, jedoch überwiegend bewölkt, mit leichten Regenschauern und lebhaften südwestlichen Winden.

## Die Revision im Grupe-Prozeß verworfen.

Das Reichsgericht verwarf die Revision des Architekten Peter Grupe, der am 20. Dezember des vergangenen Jahres vom Schwurgericht Hirschberg in Schlesien wegen zweifachen Mordes an seiner 16 Jahre alten Stiefnichte Dorothea Reiche und deren 12 Jahre alten Vase Ursula Schwabe auf Schloß Kleppelsdorf zweimal zum Tode und wegen Sittlichkeitsverbrechens zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt worden war. Falls der Reichspräsident von seinem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch macht, wird das Urteil vollzogen werden.

## Groß-Berliner Parteinarichten.

6. Kreis, Kreuzberg, Freitag, den 24. Februar, abends 7 Uhr, in der Schauland-Eisenbahnstr. 61/62 gemeinsame Versammlung der SPD., USPD- und KPD-Gruppen. Thema: Eisenbetonwacht.

## Morgen, Freitag, den 24. Februar:

2. Kreis, Tiergarten, 2 bis 12 Uhr. Die Mitglieder treffen sich abends 6 Uhr in ihren Bezirkslokalen. Abmarsch 6 1/2 Uhr zur öffentlichen Versammlung in den Arminiusgärten, Bremer Str. 78. Kein Zutritt dort herein.  
27. Abt. Abends 6 Uhr, Schöneberg 4 1/2 Uhr. Treffpunkt aller Genossen und Genossinnen in den Bezirkslokalen. Reiner dort bleiben. Alles Weitere dort.  
120. Abt. Friedrichshagen, Abends 6 1/2 Uhr. Versammlung in der Aula des Jahngymnasiums, Rottstr. 2.

## Jugendveranstaltungen.

Berlin Arbeiter-Jugend Groß-Berlin, G.M. 65, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Trp. Telefon Moritzplatz 121 65—121 10.

## Heute, Donnerstag, den 23. Februar 1922:

Achtung! Im Umbeschreiben an die Abteilungspräsidenten ist der 2. Abend des Volkstanzfestes irrlich für Donnerstag, den 2. März, angegeben worden. Der Tanz findet nicht erst am 2. März, sondern heute Donnerstag, den 23. Februar, abends 7 Uhr, statt.

# Gewerkschaftsbewegung

## Einheitsfront in Italien.

Rom, 22. Februar. (Antel.) Auf Anregung der Eisenbahnergewerkschaft, die sich in einer vorhergehenden Besprechung der Unterstützung der politischen Arbeiterparteien versichert hatte, tagte vom 19. bis 21. Februar in Rom eine Konferenz der auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden gewerkschaftlichen Organisationen. Anwesend waren Vertreter des italienischen Gewerkschaftsbundes, der Unione Sindacato Italiana und des italienischen Arbeitsverbandes sowie der Eisenbahnergewerkschaft und der Gewerkschaft der Hafenarbeiter. Der Zweck der Besprechung war die Schaffung einer „Alliance der Arbeiter als gemeinsames Abwehrmittel gegen alle Angriffe auf die politischen und gewerkschaftlichen Freiheiten“. In einer Resolution, der die Konferenz zustimmte, wird erklärt, daß im gegenwärtigen Augenblick die Einigkeit aller Kräfte der Arbeiterklasse besonders notwendig sei, um den vereinigten Kräften der Reaktion entgegenzutreten und die Wiederherstellung der öffentlichen Freiheiten und die Erhaltung der erworbenen ökonomischen und politischen Rechte zu erkämpfen. Zur Erreichung dieses Zieles erachte die Konferenz die Bildung eines Landeskomitees notwendig, dem alle Organisationen angehören sollen. Kein gewerkschaftliches Mittel, in begriffen der Generalstreik, dürfe außer acht gelassen werden.

Das von der Konferenz gewählte Landeskomitee besteht aus 5 Vertretern des italienischen Gewerkschaftsbundes und je 2 Vertretern der übrigen Organisationen.

## Sür treue Dienste.

Der große Ausschuss der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat am 22. Februar in Berlin getagt. In dieser Sitzung wurde folgende Entschliessung angenommen:

Der große Ausschuss der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat von dem Bestreben verschiedener Gewerkschaftsgruppen Kenntnis erhalten, die Vorteile der tariflichen Bestimmungen nur denjenigen Arbeitnehmern zuzumuten zu lassen, die in einem der drei hauptsächlichsten Gewerkschaftsverbände organisiert sind. Der Ausschuss tritt diesem Bestreben mit aller Entschiedenheit entgegen. Er lehnt es ab, sich beim Abschluß von Tarifverträgen von anderen als wirtschaftlichen Gesichtspunkten leiten zu lassen und das Mittel der tariflichen Vereinbarung zu einem Mittel des Organisationszwanges ausarten zu lassen. Er ist des ferneren der Meinung, daß eine solche Forderung der verfassungsmäßig gewährleisteten Koalitionsfreiheit widerspricht und ein aus solchem Anlaß und zu solchem Ziele angefangener Streik der Gewerkschaften ein unverantwortliches Vergehen an der deutschen Volkswirtschaft sein würde.

Die Selben haben die ihnen zugeordnete Belohnung vollumfänglich verdient. Wir können gar nicht einsehen, warum „Arbeiter“, die ihnen für bessere Löhne kämpfenden Kameraden in den Rücken fallen, vom Unternehmer nicht dieselben Vergünstigungen erhalten sollen, die die anderen erkaufen haben. Die Frage ist nur, ob die freien Gewerkschaften gewillt sind, für die Söldlinge des Kapitals zu arbeiten.

## Der Schiedsspruch im Gastwirtsgewerbe.

Entsprechend den in den öffentlichen Versammlungen der vergangenen Woche erteilten Vollmachten über die Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches des Reichsarbeitsministeriums vom 15. Februar endgültig zu entscheiden, hat der Kartellvorstand des Kartells der im Gastwirtsgewerbe vertretenen Arbeitnehmerorganisationen beschlossen, den Schiedsspruch trotz seiner großen Mängel anzunehmen, um den von ihm vertretenen Arbeitnehmern die Möglichkeit zu geben, baldigst in den Besitz der Leuerungsanlagen zu kommen. Damit hat die Lohnbewegung im Gastwirtsgewerbe zunächst einen friedlichen Abschluß gefunden. Bei dieser Gelegenheit muß Protest gegen die leichtfertige Verdrängung der „Noten Fahne“ eingeleitet werden, die in ihrer Nummer vom Freitagabend behauptete, der Schiedsspruch sei in den öffentlichen Versammlungen der Arbeitnehmer abgelehnt worden.

## Die Musikerlehre.

In gewissen Berufen sind die Schwierigkeiten der Berufswahl so groß, daß nur bei ausgeprägter Begabung und unüberwindlicher Reigung zum Eintritt in die betreffende Laufbahn geraten werden kann. Zu diesen Berufen gehört in erster Linie derjenige des Musikers. Die Aussichten für Musiker sind selbst für Begabte überaus düster. Unser Beruf, der nicht als „produktiv“ im volkswirtschaftlichen Sinne, noch weniger als „lebenswichtig“ angesehen wird, wird in den Zeiten wirtschaftlicher Not in der Erbringung befriedigender Lebensbedingungen stets hinter der Entwicklung zurückbleiben, ganz abgesehen davon, daß die gewerbliche Musikbetätigung als eine besonders beliebte Nebenerwerbsquelle für alle möglichen Berufsarbeiter angesehen wird, die dem Musiker das Brot wegnehmen.

Dazu kommen noch die traurigen Verhältnisse im Musiker-ausbildungswesen, mit deren Umgestaltung zwar der Deutsche Musikerverband beschäftigt ist, ohne aber von heute auf morgen grundsätzliche Besserung erreichen zu können. Noch fehlt es an Anstalten, die eine gewissenhafte Ausbildung gegen erschwingliches Lehr- bzw. Schulgeld gewährleisten. Am schlimmsten sind diejenigen daran, die keine Mittel zum Studium zur Verfügung haben und daher gezwungen sind, ihre Ausbildung in einer „Musikerlehre“ (Lehrstiftung, Städtische Musikschule) zu suchen. Die Zustände sind hier in der Regel (die durch Ausnahmefälle nur bestätigt wird) durchaus menschenunwürdig und die Ausbildung veraltet, daß die jungen Leute nach Beendigung ihrer Lehrzeit den Anforderungen des Berufes nicht genügen und sich keine Existenz schaffen können.

Es ist daher vor dem Eintritt in den Musikerberuf dringend zu warnen. Sollte aber unüberwindliche Reigung doch zur Wahl dieses Berufes führen, so sollte man keinen Lehrvertrag ab, ohne sich vorher mit dem Deutschen Musikerverband, Berlin SW. 11, Bernburger Straße 31, in Verbindung zu setzen und sich die hier gesammelten Erfahrungen zunutze zu machen. Auf Grund derselben ist hier ein Musikerlehrevertrag aufgestellt worden, von welchem Abzüge kostenlos abgegeben werden.

## Rosse als Gutbesitzer.

Auf dem der Rudolf Ross'schen Gutverwaltung gehörigen Gut Schenkenhof bei Königsmusterhausen herrscht eine sonderbare Rechtsauffassung. Ein dort beschäftigter Wirtschaftsinспекtor wurde vor einigen Wochen ohne Angabe von Gründen entlassen. Auf Einspruch beim Schlichtungsausschuss wurde die Firma Rosse verurteilt, eine Entschädigung in Höhe des Gehalts für 1/2 Jahr zu zahlen. Die Gutverwaltung denkt aber nicht daran, die Entschädigung zu zahlen; vielmehr läßt sie durch ihre Rechtsanwältin vor dem Amtsgericht, dem die Angelegenheit übergeben ist, allerlei Winkelzüge machen, die darauf hinauslaufen, die Angelegenheit zu verschleppen bzw. den broillos gemachten Wirtschaftsinспекtor um seine ihm zuerkannten Rechte zu bringen.

Ferner wurde vor dem Schlichtungsausschuss festgestellt, daß die Rosse'sche Gutverwaltung nicht einmal den tarifmäßigen Lohn zahlt, sondern einen weit niedrigeren. Um Gelder zu sparen, ist auch fast niemand von den dort Beschäftigten in der Krankenkasse angemeldet gewesen. Dieses kleine Beispiel zeigt, wie das soziale Empfinden dieser Firma der Arbeitnehmerschaft gegenüber in Wirklichkeit aussieht. Traurig ist es nur, daß immer noch ein Teil der Angestellten und Arbeiter auf die zu nichts verpflichtenden „naïfsreundlichen“ Redewendungen der Rosse-Blätter hereinfällt.

## Berichtigung.

Der Landgerichtspräsident zu Landsberg a. d. W. ersucht uns auf Grund des § 11 des Preßgesetzes um Ausnahme folgender Berichtigung:

„Die unter der Überschrift „einstweilige Verfügung gegen Streikposten“ in Nr. 76 vom 14. Februar 1923 enthaltene Mitteilung über eine durch den Amtsgerichtsrat Krause in Pöppelne angeblich im „Pöppelner Anzeiger“ veröffentlichte einstweilige Verfügung entspricht in folgenden Punkten nicht den Tatsachen:

1. Die einstweilige Verfügung ist weder durch den Amtsgerichtsrat Krause, noch durch einen anderen Beamten des Gerichts in der Zeitung veröffentlicht, sondern vielmehr durch die Arbeitgeberin, die Firma Schütz u. Bechle, welche das Inserat auch unterzeichnet hat.

2. Das Inserat gibt den Text der einstweiligen Verfügung nicht richtig wieder. Sie enthält kein allgemeines Verbot für die Streikenden, den Betrieb zu betreiben, entschied auch noch nicht über die Kosten des Verfahrens, sondern setzte der Arbeitgeberin eine zweiwöchentliche Frist zur Ladung, zur Verhandlung über die Rechtmäßigkeit der einstweiligen Verfügung.

3. Auch der Kopf des Inserats: „Den ehemaligen Arbeitern der Firma Schütz und Bechle wird folgender Gerichtsbeschluss zur Kenntnis gegeben“, steht nicht in der einstweiligen Verfügung, sondern nur in dem Inserat der Firma.“

Aus dieser Berichtigung geht hervor, daß die Firma, die die einstweilige Verfügung gegen ihre streikenden Arbeiter erwirkt hat, diese Verfügung in großer Weise mißbraucht hat, um die Arbeiter einzuschüchtern. Wir nehmen daher an, daß auch die Firma bzw. der „Pöppelner Anzeiger“ rechtzeitig benachrichtigt wurde.

## Strassenbahnerstreik in Bremen.

Bremen, 22. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Das Personal der Bremer Straßenbahnen, das schon seit längerer Zeit mit der Direktion in Verhandlungen wegen Lohnerhöhungen steht, hat sich gestern morgen mit etwa 700 gegen 100 Stimmen für Ablehnung des vom Schlichtungsausschuss gefällten Schiedsspruches und für sofortigen Eintritt in den Streik entschieden. Heute morgen ruht der Betrieb der Straßenbahnen auf allen Linien. Die Straßenbahner verlangen eine Lohnerhöhung von 3 M. für die Stunde, bzw. ab 15. März 4 M. Der Schiedsspruch sieht dagegen eine Lohnerhöhung von 1,80 M. pro Stunde vor.

**Buchdruckerstreik in Bromberg.** Wegen Lohnforderungen sind die Buchdrucker in Bromberg in einen Streik getreten, der sowohl die deutschen als auch polnischen Zeitungen und Druckereien betrifft. Die Buchdrucker verlangen eine 25prozentige Lohnerhöhung. Die Buchdruckereibesitzer sind zwar zu einer Lohnerhöhung bereit, lehnen aber die geforderten 25 Proz. ab.

**Die Lohndifferenzen in der Vergilischen Textilindustrie** haben sich erheblich zuspitzt. Die Vereinbarung, die zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern getroffen worden war, wurde von einer Konferenz des deutschen Textilarbeiterverbandes für den rheinischen Tarifbezirk als nicht den Verhältnissen entsprechend abgelehnt. Die anfänglichen Forderungen wurden den Arbeitgebern erneut mit dem Verlangen unterbreitet, sich spätestens bis zum 23. Februar über die Annahme oder Ablehnung zu entscheiden. Eine Konferenz des rheinischen Textilarbeiterverbandes lehnte das Abkommen ebenfalls ab.

**Die Meißener Verwaltungsbeamten** sind infolge der Nichtbewilligung einer Leuerungszulage in den Streik getreten.

**Aus dem Streikgebiet von Springfield (Südafrika)** wird über Johannesburg gemeldet, daß am Dienstag mehrere Thnaminexplosionen erfolgten, durch die mehrere Vieher der Hochspannungseisenleitung zerstört wurden. Infolgebeissen ist das Bergwerk „Geduld“ ohne elektrischen Strom.

**Verband der Sattler, Tapezierer und Portefeuillier.** Tapezierer! Freitag nachmittags 5 Uhr Vertrauensmännerversammlung in der Reuen Villaharmonie, Adenauer Str. 98/97. Abends 7 Uhr Versammlung aller Tapezierer und Räderriemern in den Reutral-Festhallen, Alte Salzdammstr. 32. Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern. Erscheinen aller unbedingt Pflicht.

**Deutscher Eisenbahnerverband.** Die Fortsetzung der Generalsammlung der Ortsgruppe Berlin findet Freitag, abds. 6 Uhr, in Klirns Festhallen, Gartenhof, statt.

## Aus der Betriebsräte-Praxis.

### Fristberechnung nach § 86 des Betriebsrätegesetzes.

Bei Angestellten und Arbeitern herrschen vielfach Unklarheiten über die Art der Fristberechnung nach § 86 des BRG. Häufig wird durchaus mit Unrecht angenommen, daß sich an die fünfjährige Einspruchsfrist des Arbeitnehmers nach § 84 zeitlich die Wochenfrist nach § 86 (Verständigung zwischen Betriebsvertretung und Arbeitgeber) anschließt. Eine Frist, innerhalb der die Betriebsvertretung

zum Einspruch des gekündigten Arbeitnehmers zu entscheiden hat, ist jedoch nicht vorgeschrieben. Es wird selbstverständlich Aufgabe des Arbeiter- bzw. Angestelltenrates sein, im Interesse des gekündigten Arbeitnehmers sich schnellstens zu entscheiden. Erkennt er den Anspruch als berechtigt an, so hat er den Versuch einer Verständigung mit dem Arbeitgeber zu unternehmen. Dieser Verständigungsversuch der Gruppenvertretung (Arbeiter- oder Angestelltenrat) mit dem Arbeitgeber ist an eine einwöchige Frist gebunden, sie rechnet von dem Tage ab, der auf den ersten Verständigungsverhandlung mit dem Arbeitgeber angefallen Tag folgt.

Für die Art der Fristberechnungen nach § 84 und 86 gelten folgende Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Der § 187 Absatz 1 lautet:

„Ist für den Anfang einer Frist ein Ereignis oder ein in den Lauf des Tages fallender Zeitpunkt maßgebend, so wird für die Berechnung der Frist der Tag mit angerechnet, auf welchen das Ereignis oder der Zeitpunkt fällt.“

Nach dieser Bestimmung zählt sowohl der Tag des Einspruchs des gekündigten Arbeitnehmers beim Gruppenrat (§ 84 Absatz 1) wie auch die Weitergabe des vom Gruppenrat als berechtigt anerkannten Einspruchs beim Arbeitgeber nicht mit. Eine irrtümliche Festsetzung ist es auch, Sonn- und Feiertage bei der Berechnung der Frist nicht mitzuzählen. Nur für den Fall, daß der letzte Tag der Frist auf einen Sonntag oder staatlich anerkannten Feiertag fällt, tritt an Stelle des Sonn- bzw. Feiertages der nächstfolgende Werktag (§ 93 BGB.). Zur Erläuterung diene folgendes Beispiel:

Einem Angestellten wurde das Arbeitsverhältnis am 29. November 1921 zum 31. Dezember 1921 gekündigt. Binnen fünf Tagen muß er gegen die Kündigung Einspruch erheben. Der fünfte Tag (4. Dezember) fällt auf einen Sonntag. In diesem Falle verlängert sich die Frist bis Montag, den 5. Dezember. Am 5. Dezember hat er ordnungsgemäß Einspruch erhoben. Der Angestelltenrat erachtet die Anrufung für begründet und ersucht den Arbeitgeber ordnungsgemäß (§ 29 Absatz 3) zur Teilnahme an einer Verständigungsverhandlung am Donnerstag, den 15. Dezember. Die nunmehr nach § 86 vorgeschriebene Wochenfrist beginnt am Freitag, den 16. Dezember, und endet mit Freitag, den 23. Dezember. Innerhalb dieser Woche muß der Arbeitgeber sich entscheiden, ob er den berechtigten Einspruch des gekündigten Angestellten anerkennt oder auf Aufrechterhaltung der ursprünglichen Kündigung besteht. Nach Ablauf dieser einwöchigen Frist steht dem Angestelltenrat bzw. dem gekündigten Arbeitnehmer eine weitere Frist von fünf Tagen zur Verfügung, während der er den Schlichtungsausschuss anrufen hat. Auf Grund des obigen Beispiels muß der Schlichtungsausschuss spätestens am 28. Dezember 1921 angerufen sein. Lehnt der Arbeitgeber eine Teilnahme an der vom Angestelltenrat anberaumten Verständigungsverhandlung ab oder äußert er sich in keiner Weise zu dem Einspruch gegen die Kündigung, so muß selbstverständlich der Verständigungsversuch spätestens beim Ablauf der Wochenfrist als gescheitert anzusehen sein.

## Filmschau.

„Die im Schatten stehen“, eine Filmbearbeitung des Romans von Hedwig Karb, sollte erstmalig in den Richard-Oswald-Festspielen. In seinem Genre ist dieser Film beachtenswert, denn er ist ein Eitensfilm ohne Ausschweifungen oder Verführungszugaben, hat sich insofern den Reiz der Realität. Zeit brüht nur wenig über die Leidenschaft, es ist durch die Handlungen verständlich, auch ein Vorteil der so häufig ist. Die Wirkung ist vorzüglich. Maria Jelenka ist gleich auf als kleines Mädchen und als große Tänzerin, während man Rosa Balletti als Kuppelmutter tatsächlich für eine Lebenswirklichkeit anprechen kann. Alfred Abel als Staatsanwalt und Lina Passen als Schwester Kallistrina werden in vornehmer Weise ihren Aufgaben gerecht. Regisseur Felix Schall und auch der Photograph sind sich dem Volten, um alle sich ergebenden Möglichkeiten auszunutzen. Der Deutlich-Film bringt in der Wehler-Wache schöne Szenenabfolgen, prächtige Aufnahmen vom Winterpark und hat als den Wintergärtner von nah und fern gefehlt in einer Silberreihe aufgefunden.

„Schuld und Sühne“, gleichfalls eine Art Eitensdrama, wurde im Laurentiapalast uraufgeführt. In diesem Film kommt die Sühne zuerst und die Schuld hinterher; denn ein Mensch, der unglücklich zwölf Jahre im Zuchthaus zugebracht hat, wird nach seiner Freilassung zum Mörder. Theodor Loos, der Richter der Hauptrolle, erfüllt sie mit tiefem Erleben. Bei immer mehr und mehr Spiel bringt er die Zuchthaus-szenen zu eindrucksvoller Wirkung. Wahrheit Wöllig aber hat der Regisseur Rudolf Siebrach den wunderbaren Schwenkdirector, wie man ihn sich besser nicht denken kann. Abel Ray Hong ist eine tolle schöne Schlangengardinierin. Als Naturbild sollte Kagen, u. a. herhalten durch seine Gelassenheit, und man konnte sich, wieviel Berührung reiche Leute brauchen, um sich auszurufen. e. b.

**Brigantentage.** Dieser Sechskakter, zu dessen Freibildung der Landlichlonzerer einlad, verspricht viel durch gute Besetzung. Uta Rielen, durch ihr Alter vor den baldigen Abschied von der Welt, die sie als reiche Kämmerin liebt, gefehlt, gefehlt sich zu Bruno Decarli, einem der schönsten Filmdarsteller. Sicher ist er der männlichste (o Weiland!) und bestimmt nicht der dümmste; denn er erscheint so selten, daß er immer mit hohen Erwartungen begrüßt wird, die er bisher nicht enttäuscht hat. Vor etwa einem Jahr haben wir ihn als Klaus Silberbeder. Es ist kein Zufall, daß er das Ausmaß seiner vorletzten Leistung diesmal nicht erreicht. Die Rolle des dalmatischen Briganten verpflichtet ihn zu Härte und Starrheit, die ihm das Spielen aller Regisseure verbietet. Die Handlung ist abwechselnd reich, spannend, logisch und gewandt durchgeführt. Das Schöne ist die von weicher Sonne überstrahlte Karlanbachtal. Von den Rezensenten seien Margit Barnach und der aus dem Programm leider nicht feststellbare zweite Partner der Rielen dankbar erwähnt. Die Photographie war im allgemeinen gut, ließ nur an wenigen Stellen an Klarheit zu wünschen übrig. A. Z.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

**Bund religiöser Sozialisten Deutschlands, Abteilung Kentöln.** Donnerstag, den 23. d. M., abends 7 1/2 Uhr, Vortrag in der Aula des Realgymnasiums, Kentöln, Kaiser-Friedrich-Str. 208/10, das Mitglied der Besatzunggebenden Kirchenversammlung, Genosse Deneberg-Wagdeburg, über das Thema: „Was haben wir von der kommenden Kirche zu erwarten?“

Verantwortl. für den reboll. Teil: Franz Klubs, Berlin-Lichtenfelde; für Anzeigen: H. Gode, Berlin, Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

**Inventur-Ausverkauf**  
fertige Haararbeiten.  
Transformationen, Unterlagen, Teile, Öpfe usw. bietet sich günstige Gelegenheiten. Noch nicht ausgewertet billiger Einkauf von Haarersatz - Besichtig ohne Kaufzwang abeten  
Weigtola-Haarhaus  
Berl. W. Nettelbeckstr. 14

**GOLD-SILBER-PLATIN-Bruch**  
kaut  
Gotzkowskyst. 13

**Gurkofix**  
feinst. Gurkensalat  
Ueberall erhältlich!  
Carl Timmer, Essig-, Mostich-, u. Konservenfabrik  
Berlin, Büschingstr. 6

**Gold-, Silber-, Platin-Bruch**  
Brillanten  
Schmuckstücke, Ringe, Zahngebisse usw. kaufen stets zu ganz besonders hohen Preisen  
Gebr. Fuhrmann  
Nollendorfstraße 39  
Nollendorfplatz

**BERLITZ SCHOOLS**  
Leipziger Str. 123 a  
Ecke Wilhelmstr.  
Tausentzentr. 19 a  
FREMDE SPRACHEN  
Einzelunterricht  
Zirkel monatl. 60 Mars

**Korsette**  
aus la Stoffen u. in all. Preislagen  
empfehl  
Korsett-Fabrik Rich. Necke  
1. Gesch.: Berl. Karlsruhstr. Treskow-A lde 99  
2. B-Lichtenog, Neue Bahnhofstr. 36  
Berl., Kommandantenstr. 23  
124Bz  
Ecke Alte Jakobstraße

**Korbmöbel**  
kauft Sie am vorteilhaftesten dir. b. Hersteller  
A. Lesdau  
Werkstätten für feine Korbmöbel.  
Fernspr. Neukölln 1259  
Ausstell.-u. Verkauf nur Neuk., Anzenruberstr. 21

**Maßkorsetts**  
und Reparaturen.  
Fr. L. Bangartz.  
Neukölln, Boddienst. 25 a.  
Fernspr. Neuk. 2384

**Metal-Bettstellen**  
Kinderwagen  
Bettfedern  
Korbmöbel  
Fürst. Neukölln  
Hermannstr. 38  
Ecke Malower Str.  
Fabr. L. Ruhedelt., Auflegemattstr. u. Feldbettstell.  
Fabrikpreise. Lieferung in Neukölln und angrenzende Gegend frei Haus.

**Tuchfabrik-Niederlage**  
H. Lamprecht, Bin.-Trepow Bouchstr. 17  
liefert Stoffe für Damen und Herren zu Fabrikpreisen. Große Auswahl in den modernsten Farben für Anzug und Toilette  
Wo laß ich meinen Anzug machen?  
Wer garantiert. I. gut. II. u. Vcrarbeitg.?  
Max Motel, Schneidermstr.  
Neukölln, Ringbahnstr. 33 = Tel. 900  
Erfahrung für höchste Staatsbeamten  
Siele Anfertigungen u. Damfgebissen

**Boten**  
14-16 Jahre alt, mit eigenem Rad  
verlangt  
Vorwärts-Verlag  
Lindenstr. 3.

**Gold-, Silber-, Platin-Bruch**  
Zahngebisse, Brillanten  
kauft zu höchsten Tagespreisen  
**Bick** Invalidenstr. 144  
Andreasstraße 37